

Daran müssen sie sich messen lassen Die Wahlprüfsteine der ver.di-Frauen

ver.di wird sich in den Wahlkampf mit eigenen Positionen einmischen. Dabei geht es nicht um Parteien, sondern um Inhalte.

ver.di wird sich im Bundestagswahlkampf für eine andere soziale Politik auf der Grundlage von ver.di-Positionierungen einsetzen.

Hierzu haben die ver.di-Frauen zentrale frauenpolitische Mindestforderungen:

1. Kontinuierliche Gleichstellungspolitik als Teil der Lösung!

Aktive Gleichstellungspolitik muss selbstverständlicher und nachweisbarer Standard aller Bereiche von Politik und Wirtschaft werden.

Wir wollen aktive Gleichstellungspolitik in allen Politik- und Gesetzgebungsvorhaben verankert sehen! Gleichstellungsinhalte dürfen nicht als zusätzliches, hemmendes Problem definiert werden, das zu Gunsten der Lösung „wichtigerer Probleme“ opportunistisch eben mal wieder bei Seite gelassen werden kann. Vielmehr müssen gleichstellungspolitische Inhalte endlich als Teil der Lösung von Problemen verstanden und demzufolge jeweils mit einbezogen werden!

Ein wesentlicher Teil davon ist z.B. ein regierungsseitig veranlasster Gendercheck der Praxis und Auswirkungen von (erfolgten und kommenden) **Sozialreformen** mit Berichterstattungspflicht an das Parlament.

Eine Nivellierung der Strukturen der Frauenpolitik, wie von Länderebene mit Abschaffung von

Frauenministerien bzw. der Auflösung der Frauenministerinnenkonferenz derzeit vorexerziert, gehört dazu nicht und **werden wir nicht als Umsetzung des aktiven Gleichstellungsauftrages des Grundgesetzes honorieren können...**

2. Eigenständige soziale Sicherung für Frauen, auch im Alter

- Erhalt der **gesetzlichen Rente** auf einem auskömmlichen Niveau ist für Frauen unabdingbar; u.a.
 - ist für Frauen der **Zugang** zur gesetzlichen Rente durch verbesserte Erwerbsbeteiligung und Rücknahme der sozialversicherungsfreien Beschäftigung zu gewährleisten;
 - muss **Kindererziehung grundsätzlich** und nicht nur bei Reduzierung und Unterbrechung der Erwerbstätigkeit zu einer Besserstellung auf der Leistungsseite führen (z.B. in den Kindererziehungszeiten und Berücksichtigungszeiten);
 - sind **Unisexstarife** in der gesetzlichen Rente zu erhalten und auf die betriebliche und private Altersversorgung auszudehnen

• Rücknahme der auf die familiäre Versorgung verweisenden Arbeitsmarktpolitik

- Verbesserte **Regelungen** für Frauen in der **häuslichen Pflege**

3. Geschlechtergerechte Gesundheitspolitik

- Keine Benachteiligung von Frauen in den Bereichen der Gesundheitspolitik: Insbesondere bei der Gesundheitsversorgung.

Weitere Infos unter:
www.frauen.verdi.de
www.verdi.de



**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**

D.h. insbesondere Ablehnung:
- einer einkommensabhängigen Pflicht- und Wahlversorgung (Kopfpauschale)
- von Leistungsausgrenzungen auf Kosten der Frauen.
- der Herausnahme und Ausnahme bei Schwangerschafts- und Mutterschaftskosten

- Umsetzung der europäischen Richtlinie für gleiche Rahmenbedingungen für Frauen und Männer beim Zugang und der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen

4. Entgeltgleichheit

- Umsetzung der **europäischen Richtlinien** u.a. durch die Verabschiedung eines **Antidiskriminierungsgesetzes in der Privatwirtschaft**
- Wahrnehmung der **Verantwortung als Tarifpartei** in den von der Bundesregierung mitverantworteten Tarifverträgen für den **öffentlichen Dienst**

5. Eindämmung des Niedriglohnssektors

- Im eigenen Verantwortungsbereich als **öffentliche Arbeitgeber**
- Gesetzlicher **Mindestlohn**
- **Korrektur der Hartz-Gesetze**: Rücknahme der 1€-Jobs und Eindämmung der 400€-Jobs
- Umbau und Weiterentwicklung des **Arbeitsmarktes** für Frauen unter der Prämisse und dem Zielvorhaben der **eigenständigen Existenzsicherung für Frauen**

6. Work-Life-Balance/ Vereinbarkeit

- **Elterngeld als Lohnersatzleistung** verwirklichen mit dem Ziel, die Arbeitsmarktintegration von Frauen erhöhen und als ein Beitrag zu mehr Geschlechtergerechtigkeit zwischen Männern und Frauen
- **Kostenlose und verpflichtende Teilnahme in Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für Kindergartenkinder** auch als Beitrag zu mehr Chancengleichheit

- **Kostenlose Bildungs- und Betreuungseinrichtungen** für Kinder mit Ressourcen für pädagogisches Arbeiten, zum Erlernen des Lernens, die individuellen Voraussetzungen zu aktiver gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Beteiligungsgerechtigkeit rechtzeitig zu legen und als Grundlage für Bildungs- und spätere reale Weiterbildungsfähigkeiten und für Vereinbarkeit.

7. Familienpolitik, Existenzsicherung für Kinder

- Chancengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit von Anfang an auch durch Verbesserung von Finanzierungsgrundlagen für **von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen** für Kinder.
- **Einführung einer steuerfinanzierten Familienkasse** (Bündelung des Familienlastenausgleichs) als Beitrag einer Kindergrundsicherung
- **Ersatz des Ehegattensplitting** (s. ver.di-Konzept Steuergerechtigkeit: (Förderung von **Familien mit Kindern** statt Förderung der Einverdienst-Ehen mit hohen Einkommen).
- Reform der **laufenden** Steuerlastverteilung (Steuerklassen), um die **Anreizwirkung** zur Geringfügigen Beschäftigung für Frauen zu beseitigen.
- Berücksichtigung staatlich auferlegter **Unterhaltungspflichten** auch bei nichtverheirateten Paaren (z.B. Bedarfsgemeinschaft nach SGB II) .Desgl. für gleichgeschlechtliche Paare.

Diese Mindestforderungen werden wir sowohl, wie hier, gebündelt als Forderungen der ver.di- Frauen- und Gleichstellungsarbeit verbreiten, als auch in die **ver.di-Veröffentlichungen im Rahmen des Bundestagswahlkampfes** (ständig aktualisierte Internetseite, Publik-Sonderausgaben, zwei Wahlkompaktzeitungen) einbringen.



**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**

